

1. Die Katastrophe muß landesrelevant sein, d. h. über den Einzelfall und die lokale Bedeutung hinausgehen.

2. Die Betroffenen erhalten von anderer Seite keine zureichende Hilfe, und der erlittene Schaden stellt eine besondere persönliche Härte dar.

Die Hilfe für die Betroffenen muß auch vom Verfahren her sozial sein. Die auf den ersten Blick bestechende Forderung, die Hilfe müsse „völlig unbürokratisch“ gewährt werden, kann im Extrem doch falsch werden. Es muß auch die Gefahr vermieden werden, daß eine ungleiche und – ungewollt – willkürliche Verwaltungspraxis einreißt. Richtig wäre es, feste Grundsätze mit Ermessensfreiheit für die gerechte Gestaltung im Einzelfall zu entwickeln. Der zuständige Landtagsausschuß sollte Grundsätze, Verfahren und die Höhe der Hilfe in Katastrophenfällen demnächst näher untersuchen.

FDP: Bestehende Regelung genügt

Nach dem Bundessozialhilfegesetz sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Sozialhilfe, die in Einzelfällen entstehender Notlagen öffentliche Mittel zur Verfügung stellen. Ein Hilfsfonds des Landes würde die Verantwortung der Träger der Sozialhilfe verwasern und zu einer Doppelgleisigkeit führen, die verwaltungsmäßig aufwendige Kompetenzkonflikte und damit letztlich eine Verminderung der Hilfeleistung selbst verursachen könnte.

In Katastrophenfällen, in denen eine Vielzahl von Menschen plötzlich in eine Notlage geraten ist, hat bisher noch jede Landesregierung schnell und wirksam geholfen. Die Gesichtspunkte für eine solche Hilfe sind von Minister Weyer in der Sitzung des Landtags vom 22. 4. 1970 eingehend dargelegt worden. Hier ist auch ausgeführt, weshalb gezielten, auf die jeweilige Art der Katastrophe abgestellten Maßnahmen der einzelnen Ressorts der Vorzug zu geben ist gegenüber generellen Richtlinien, die für einen Hilfsfonds aufgestellt werden müßten.

Solchen gezielten Maßnahmen der einzelnen Ressorts aus akutem Anlaß gegenüber hätte ein Hilfsfonds folgende Nachteile:

Ohne Richtlinien würde die Verteilung der Mittel außer jede Kontrolle geraten. Mit Richtlinien aber bestünde die Gefahr, daß nur ein neues bürokratisches Verfahren geschaffen wird.

Die Verantwortlichkeit der einzelnen Ressorts, ihre Möglichkeiten zur Hilfe auszuschöpfen, würde geschwächt.

Ein solcher Hilfsfonds würde, wie alle derartigen Einrichtungen, die Tendenz in sich tragen, sich ständig auszuweiten. Neben der Notwendigkeit einer laufend höheren Dotierung würde damit auch der Gedanke der Subsidiarität der Hilfe zunehmend verlorengehen.

Die hier vorgetragenen Bedenken gegenüber der Errichtung eines Hilfsfonds lassen nach Meinung der FDP-Fraktion der Möglichkeit einer Hilfe durch die Landesregierung den Vorzug geben. Allerdings muß dabei sichergestellt sein, daß diese Hilfsmaßnahmen schnell und unbürokratisch durchgeführt werden.

Porträt der Woche

Der Münsteraner Hermann Josef Neuhaus ist ein Christlich-Sozialer; nicht, daß er Mitglied der CSU wäre. Im Gegenteil: Er bekennt sich ausdrücklich zur „dynamischen Entwicklung der Gesellschaft“.

Ein Christlich-Sozialer – gemeint ist ein militanter Vertreter der christlichen Soziallehre. Selbst wenn man hier feiner differenziert zwischen evangelischer Sozialethik und katholischer Soziallehre, so stellt man fest, daß beide das Koordinatensystem für seine politischen Aktivitäten bestimmen.

Als Angehöriger der katholischen Jugendorganisation „Neu-Deutschland“, von der Gestapo jahrelang observiert, gehörte er 1945 zu den Mitbegründern der CDU und der Jungen Union in Hamburg, wo er sich nach Kriegsende als ehemaliger Luftwaffenangehöriger aufhielt.

Dann Parteikarriere im heimischen Münster, über den Stadtrat in den Landtag, wo er seit 1958 emsig wirkt.

In einer schwierigen Zeit war er Vorsitzender des städtischen Wohnungsausschusses, später im Landtag im wichtigen Ausschuß für Arbeit, Soziales und Gesundheit, und heute ist er maßgeblich tätig im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung.

Der fast 52jährige, Vater von acht Kindern, hat dazu noch das Amt des Präsidenten im Deutschen Familienverband gerne übernommen, weil auch dies vielfältige Möglichkeiten eröffnet, Anstöße zu gesellschaftspolitischen Reformen zu geben und im ständigen Dialog neue Modelle familiengerechter Politik zu entwickeln.

In dieser Position führt sein Weg stracks nach Europa, nach Brüssel, wo er am Sitz der EWG-Kommission seines Amtes als Vizepräsident des Europäischen Familienverbandes waltet.

„Das Soziale steckt im Blut“ (Neuhaus über Neuhaus). Es gibt kein sozial-politisch relevantes Gesetz, das im Landtag beraten und verabschiedet wurde, bei dem Neuhaus nicht entscheidend mitgewirkt hätte, im stillen, beharrlich, mitunter „pingelig“, ohne großes Aufheben.

Es ist ein umfangreicher Katalog: Krankenhausplan, Kindergartengesetz, Familienerholung, Lernmittelfreiheit, Sozialhilfe, um nur einige Positionen zu nennen.



Hermann Josef Neuhaus (CDU)
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses
für Jugend, Familie und politische Bildung

Gradlinig und konsequent wie seine Parteikarriere, verlaufen auch sein beruflicher Werdegang und die damit verbundenen berufspolitischen Aktivitäten.

Nach dem Gymnasium die Lehre in einer privaten Sachversicherung, Prüfung für den gehobenen Dienst in der Arbeiterrentenversicherung, Beamter der LVA Westfalen, Personalratsvorsitzender, Vorsitzender der Fachgruppe LVA Westfalen im Deutschen Beamtenbund und Vorstandsmitglied der Bundesfachgruppe „Rentenversicherung“ in seiner Standesorganisation.

Das sind die Stationen, die seinen beruflichen Aktionsradius umreißen und ihn gleichzeitig als einen sozialpolitischen Menschen charakterisieren, dem eine sinnvolle Symbiose geglückt ist von beruflichen Neigungen und politischen Ambitionen.

Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Münster, das ist sein Standort in der Partei. Damit gehört er zu denjenigen, die nicht mit „systemüberwindenden“ revolutionären Schüben die Gesellschaft umkrempeln wollen, sondern den evolutionären Weg wählen, wohlwissend, daß nicht der Klassenkampf zum „Paradies auf Erden“ führt, sondern nur die Entspannung der Klassengegensätze menschenwürdige Verhältnisse schafft.

Viel Zeit hat der Familienverbands-Präsident Neuhaus für seine eigene Familie die Woche über nicht. Damit teilt er das Los mit jenen Politikern, die nicht nur einspurig als Parlamentarier fahren. In seiner kargen Freizeit betätigt er sich als Hobbygärtner und Amateurfilmer, und überdies liebt er – Chanties.

Lambert Dalbert